

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung nachstehender Pressemitteilung:

### **Es geht um die Erhaltung der Handlungsfähigkeit unserer Stadt**

Am 03.06.2017 traf sich die Stadtratsfraktion „Mein Grevenbroich“ zur Beratung des städtischen Haushaltsentwurfes.

Im Haushaltsentwurf für 2018 klafft nach wie vor eine Riesenlücke von 17,8 Millionen Euro. Eine Million für die Phenol-Sanierung im Schulgebäude an der Parkstraße, die Rückzahlungen aus dem Fonds Deutsche Einheit und resultierend daraus rund eine Million weniger Schlüsselzuweisungen und last but not least die Personalkosten, die um 600.000 auf 34,7 Millionen Euro gestiegen sind, belasten den Haushalt eklatant.

Das Jahresergebnis hat sich zwar zum Vorjahr verbessert, das strukturelle Defizit von mehr als -12,6 Mio. Euro jährlich zeigt uns allerdings überdeutlich, dass wir in erheblichem Maße über unsere Verhältnisse leben. Die Stadt hat kein Einnahmenproblem, sondern nach wie vor ein massives Ausgabenproblem.

Die finanzielle Situation der Stadt Grevenbroich zwingt uns über das Sanierungskonzept hinaus zu drastischen Maßnahmen. Der massive Ressourcenverbrauch muss ein Ende haben.

Die Personalkosten bilden in 2018 mit 20,80 % die zweitgrößte Aufwandsposition im städtischen Haushalt. Schon im Zuge der Haushaltsberatungen 2017 haben wir der Verwaltung ins Stammbuch geschrieben, die Effizienz bei der Erledigung ihrer Aufgaben zu überprüfen und dies zu einem zentralen Thema zu machen. Jedem muss klar sein, dass eine kritische Analyse der kommunalen Aufgaben in allen Bereichen der inneren und äußeren Verwaltung die Grundlage für langfristig wirksame Personalentwicklungen bilden muss. Wir brauchen ein produktscharfes und projektbegleitendes Controlling, eine klare Definition von Ziel- und Kennzahlen für alle Produkte durch die Verwaltung und die Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung um Leistungsbereiche, die von Privaten, kommunalen Institutionen oder im kommunalen Verbund effizienter und wirksamer wahrgenommen werden können. Zudem brauchen wir eine deutliche Straffung der Verwaltungsverfahren auf allen Ebenen durch Umwandlung zu projektorientierten, interdisziplinären Organisationsformen.

Mittelfristig ist der sozialverträgliche und gesetzeskonforme Abbau von weiteren Personalstellen unvermeidbar, um die Handlungsfähigkeit der Stadt nachhaltig sichern zu können. Von Neueinstellungen und Nachbesetzungen muss vor diesem Hintergrund mehr denn je abgesehen werden, sofern diese nicht durch organisatorische oder gesetzliche Gründe zwingend erforderlich sind und die Gegenfinanzierung sichergestellt ist.

Auch das Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt weist auf zwingendnotwendige, strukturelle Maßnahmen hin und bestätigt damit unsere Auffassung.

Die Stadt ist in einer sehr ernsten Lage. Wenn wir jetzt nicht handeln, geben wir unsere Stadt dem Sparkommissar preis. Was es bedeuten würde, wenn die Kommunalaufsicht einen Sparkommissar beauftragt, um eine sogenannte geordnete Haushaltswirtschaft wiederherzustellen, dürfte den wenigsten klar ein.

Keinerlei Spielräume mehr außerhalb der pflichtigen Leistungen, Investitionen, die nicht zwingend zur „Aufrechterhaltung des Betriebs“ notwendig sind, werden zu den Akten gelegt. Ein probates Mittel zur Sanierung ist zudem die drastische Erhöhung von Steuern und Abgaben.

Im GPA – Gutachten von 2016 wird unter anderem darauf verwiesen, dass der städtische Haushalt mit einem strukturellen Defizit von -12,6 Mio. Euro. jährlich durch eine weitere Anhebung des Hebesatzes von jetzt 500 Hebesatzpunkten auf annähernd 1000 strukturell ausgeglichen werden könnte. Wir können davon ausgehen, dass die deutliche Anhebung der Grundsteuer B eine der ersten Maßnahmen sein wird, die ein Sparkommissar durchsetzen würde. Davon wären alle Bürger, Immobilieneigentümer und Mieter betroffen. Und nicht nur das, Grevenbroich würde im Wettbewerb mit anderen Mittelstädten der Umgebung, die sich um den Zuzug von jungen Familien und innovativen Unternehmen bewerben, ganz klar abgehängt. Rat und Verwaltung ständen dieser Entscheidung machtlos gegenüber, die Entscheidungsgewalt läge dann nicht mehr bei den gewählten Vertretern.

Soweit dürfen wir es in keinem Fall kommen lassen. Wir müssen jede noch so unpopuläre Sanierungsmaßnahme prüfen, auch wenn sie im Ergebnis schmerzliche Einschnitte und Zumutungen bedeutet und uns den Unmut von Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern einbringt.

Bei jeder Entscheidung die zukünftig getroffen wird, müssen Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit im Fokus stehen. Wir müssen uns genau anschauen, welche Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Daseinsvorsorge langfristig sicherzustellen.

Es kann und darf dabei keine Tabus mehr geben.

Langfristig kostenintensive Bereiche wie Sportstätten, Gebäude und Grünflächen müssen mit Blick auf die gesamte Stadt auf den Prüfstand gestellt, von Kirchturmdenken und verständlicher Verbundenheit zum eigenen Ortsteil dürfen wir uns nicht länger leiten lassen. Standortsichernde Maßnahmen, wie die Professionalisierung der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings müssen vorangebracht werden. Zu diesen Themen haben wir Anträge und Anfragen für die anstehenden Beratungen im HFDA gestellt.

Auch der Rat muss bei sich selbst alle Spar-Möglichkeiten ausschöpfen und einen erneuten, deutlichen Konsolidierungsbeitrag leisten.

Wenn wir den Mitarbeitern der Verwaltung und den Bürgern unserer Stadt Einschnitte zumuten, ist es vor dem Hintergrund der Glaubwürdigkeit und Akzeptanz erforderlich, dass zu den bereits in der Vergangenheit verabschiedeten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, ein weiterer „Solidarbeitrag“

aus den Reihen der Politik geleistet wird. Die Verringerung der Wahlkreise und dem zur Folge die Verkleinerung des Stadtrates ist eine Maßnahme, die wir zu diskutieren haben.

Die vor uns liegenden Entscheidungen machen keinem Politiker Freude. Wenn wir jedoch unsere Stadt und die Bürger vor noch viel drastischeren Maßnahmen bewahren wollen, müssen wir uns den unangenehmen Tatsachen stellen und Entscheidungen treffen, die verhindern, dass wir mittelfristig unsere kommunale Selbstverwaltung aufgeben müssen. Es wäre blamabel, wenn notwendige Entscheidungen von anderen und nicht mehr vom gewählten Rat getroffen würden.

Unsere Aufgabe ist es gemeinsam mit den Bürgern unserer Stadt und mit Vereinen, Verbänden und Institutionen den Weg aus den Schulden zu meistern und mit zielgerichteten Vorschlägen zur langfristigen Haushaltssanierung beizutragen. Es geht nicht mehr um Wünsche, sondern um einen angemessenen Umgang mit der Wirklichkeit. Hier muss Politik ehrlich sein, niemand darf in der jetzigen Haushaltslage Versprechungen machen, die der Rat nicht beschließen kann und darf.

Mit einer Vielzahl von Anträgen, die an den Wurzeln der städtischen Strukturen ansetzen und die wir im Rahmen unserer Klausurtagung erarbeitet haben, zeigen wir, dass wir Verantwortung für die gesamte Stadt übernehmen. Wir nehmen dabei in Kauf, uns nicht nur Freunde zu machen und damit vielleicht den einen oder anderen Wähler zu verprellen.

Die zwingend notwendigen strukturellen Maßnahmen müssen ohne „Wenn und Aber“ auf den Weg gebracht werden. Die Einschnitte und der Verlust von liebgewonnenen Gewohnheiten sind zwar für den Moment schmerzlich, bringen aber unsere Stadt langfristig und im Sinne der nachfolgenden Generationen zurück in gutes Fahrwasser.

Wir bedanken uns für Ihre redaktionelle Berücksichtigung.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne persönlich zur Verfügung: 0171-5221149

Mit freundlichen Grüßen



Martina Suermann  
Fraktionsvorsitzende